

# Danziger Zeitung.

Nr. 18939.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Actienhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

**Hamburg, 9. Juni.** (Privattelegramm.) Eine von der freisinnigen Partei einberufene Volksversammlung nahm eine Resolution gegen die Kornzölle an. Die zahlreich anwesenden Socialisten enthielten sich der Abstimmung und stürzten die Versammlung.

**Newyork, 9. Juni.** (M. L.) Bei den Unruhen auf Haiti haben die Anhänger des Generals Hippolyte ein schreckliches Blutbad angerichtet. Die Revolutionäre versuchten, 80 Genossen aus dem Gefängnis zu befreien, der Versuch mißglückte jedoch. Hierauf wurde ihr Führer, der Kaufmann Rigand, auf dem Kirchhof hingerichtet, ebenso sein 16jähriger Neffe, obwohl sie keinerlei Widerstand geleistet hatten. Die Massenhinrichtung wird fortgesetzt.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 9. Juni.

### Die Regierung und der Antrag Rickert.

Der Beschluß des Staatsministeriums, dem Antrag der freisinnigen Partei auf Mittheilung des Materials zu entsprechen, auf Grund dessen die Regierung beschloffen hat, von der Suspendirung der Getreidezölle Abstand zu nehmen, hat den Freunden der Zölle eine unerfreuliche Ueberbahrung bereitet. Der Beschluß läßt erkennen, daß die Regierung keineswegs die Absicht hat, einer parlamentarischen Erörterung über die Getreidezollfrage aus dem Wege zu gehen, und nachdem das Staatsministerium zu dem Antrag Rickert eine entgegenkommende Stellung eingenommen hat, ist auch die Mehrheit des Abgeordnetenhauses nicht mehr im Stande, mit geschäftsordnungsmäßigen Vorwänden die Erörterung der Caprioli'schen Erklärung vom 1. Juni abzulehnen. Die Verhandlung im Abgeordnetenhaus wird denn auch, wie gestern der Präsident v. Aüller auf eine Anfrage mittheilte, schon nächsten Donnerstag auf der Tagesordnung stehen und vielleicht den Schutzöllnern eine weitere Entlastung bereiten. Die Rede Caprioli vom 1. Juni konnte vielfach so gedeutet werden und ist thatsächlich so gedeutet worden, daß die Regierung die Suspendirung der Getreidezölle abgelehnt habe, weil sie eingesehen, daß eine fühlbare Verbilligung des Brodgetreides nur durch eine vorläufige völlige Aufhebung der Zölle erzielt werden könne und weil sie fürchtete, daß diese Maßregel dazu beitragen könne, die Aufrechterhaltung der Getreidezölle überhaupt unmöglich zu machen. Herr v. Caprioli hat sich veranlaßt gesehen, persönlich in einer Besprechung mit einem freisinnigen Mitgliede des Abgeordnetenhauses dieser Auffassung entgegenzutreten, indem er hervorhob, daß nicht die Rücksicht auf die Interessenten der Zölle, sondern in erster Linie die Rücksicht auf die mit auswärtigen Staaten schwebenden Handelsvertragsverhandlungen die Entschliebung der Regierung herbeigeführt haben. Der Bericht auf die Suspendirung der Getreidezölle, welcher die Produzenten, da sie zur Zeit disponibles Getreide nicht mehr haben, nicht widerstrebt hätten, ist also nach der Auffassung der Regierung nur erfolgt, um die Handelsverträge und die in diesen stipulirte dauernde Herabsetzung der Getreidezölle, von der die Schutzöllner unter keinen Umständen etwas wissen wollen, nicht in Frage zu stellen. Die Herren wollten den Zoll suspendiren, in dem Augenblick, wo seine vertheuernde Wirkung in scharfer Weise hervortritt, um, nach dem Vorgange der französischen Schutzöllner, der Opposition gegen die Getreidezölle die Spitze abzubreaken. Die Regierung hat die Aufhebung auf Zeit verweigert, um die Ermäßigung der Zölle auf die Dauer desto sicherer zu erreichen.

Ob die Auffassung der Regierung zutreffend ist, ist eine Frage für sich. Jedenfalls aber hat die Regierung sich bei ihrer Entschliebung nicht von der Absicht leiten lassen, den Schutzöllnern gefällig zu sein. Sollten in der Folge die Voraussetzungen der Regierung, daß die auf dem Weltmarkt zur Verfügung stehenden Getreidevorräthe hinreichen, den deutschen Bedarf ohne eine weitere erhebliche Erhöhung der Getreide- und Brodpreise zu decken und daß die Besserung der Ernteausichten die starke Steigerung der Preise, welche seit Beginn dieses Jahres eingetreten ist, wieder rückgängig machen werde, sich als nicht zutreffend erweisen, sollten die Preise noch ferner in einer Weise steigen, daß auch die Regierung dieselben als beunruhigend ansehen müßte, so würde die Regierung nicht umhin können, die Frage, ob die Suspendirung der Zölle in einer mit der Sicherung der Handelsverträge verträglichen Form zur Durchführung gebracht werden könnte, einer wiederholten Prüfung zu unterwerfen. Werthlos würde das dem Auslande gemachte Zugeständniß der Herabsetzung der Zölle nur dann werden, wenn die Gestaltung der Getreidepreise auf dem Weltmarkt die dauernde Aufrechterhaltung der deutschen Getreidezölle unmöglich machen sollte. Eine Suspendirung der Zölle aus vorübergehenden Gründen kann dabei nicht wohl in Rechnung kommen. Der Vertrag mit Oesterreich-Ungarn ist auf die Dauer von 12 Jahren abgeschlossen und die ungarischen Getreideproduzenten legen selbstverständlich den größten Werth darauf, daß Deutschland sich verpflichtet, für die ganze Dauer des Vertrages den Getreidezoll nicht über den Satz von 3,50 Mk. zu erhöhen.

Wie also auch die Dinge laufen werden, die Schutzöllner haben noch keinen Anlaß, zu triumphiren.

### Die Verathung des Rentengütergesetzes.

Die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde, wie schon gemeldet, zum bei weitem größten Theil von der Generaldiscussion über das Rentengütergesetz in Anspruch genommen, in welcher die Redner der einzelnen Parteien ihre in der Hauptsache längst bekannte Stellung zu dem Gesetze kurz darlegten. Neu war nur ein Redebuell zwischen den Abgg. Sattler und Rickert. Ersterer hatte im Gegensatz zu Herrn Rickert zu Gunsten des Rentengütergesetzes darauf hingewiesen, daß dasselbe das Vornutzen des mittleren Grundbesitzes nach hannoverschem Muster herbeiführen werde, während der Finanzminister dem Abg. Rickert gegenüber geltend machte, daß die Anrechnung zu dem Gesetz nicht aus Hannover gekommen sei. Rickert führte in seiner Entgegnung aus, mit den Importen aus Hannover habe man schon schlimme Erfahrungen genug z. B. bei den Justizgesetzen gemacht. Er halte an der alten preussischen Agrarverfassung, die sich vollkommen bewährt habe, fest. Damit aber seien Renten, die über ein Menschenalter hinaus unablässig sein sollten, nicht verträglich.

Auffällig war übrigens, daß Finanzminister Miquel sich gegen den Rickert'schen Vorwurf der Begünstigung von Fideicommissen verwehrte und hinzufügte, die (jetzige) Regierung habe dazu noch nicht Stellung genommen, worauf Rickert die Regierung aufforderte, sie möge dem Ueberwiegen der Fideicommissbildungen Schranken setzen. Zu einem persönlichen Zusammenstoß führte noch die Bemerkung Sattlers, Herr Rickert stimme gegen das Gesetz, obgleich er innerlich mit demselben einverstanden sei, eine Bemerkung, die Rickert mit Recht als unparlamentarisch zurückwies und die jedenfalls für die Abgg. Combart und v. Ruene in der Fassung, daß sie für das Gesetz stimmten, obgleich sie innerlich gegen die Unlösbarkeit der Renten u. s. w. seien, viel zutreffender gewesen wäre. Vielleicht ist die Zahl der Abgeordneten, die in dieser Weise gegen ihre Ueberzeugung stimmen, noch erheblich größer. Im Sinne der großen Mehrheit ist das neue Gesetz nicht sowohl ein Mittel zur Durchführung des Gesetzes von 1890 als eine Correctur desselben.

### Das Herrenhaus.

Während das Abgeordnetenhaus den ihm vorliegenden Arbeitsstoff nahezu erledigt hat — nur die Vorlage betreffend Beibehaltung der rheinischen Gewerbegebiete fehlt noch — wird, wie wir schon gestern hervorgehoben haben, die Beendigung der Session durch die im Herrenhause getroffene Geschäftsdisposition zum mindesten bis Mitte nächster Woche verzögert. Die Mitglieder des Herrenhauses sind bekanntlich sehr unzufrieden, wenn das Oberhaus Ursache zu haben glaubt, sich für zurückgefallen zu halten; auf der anderen Seite aber sind im Herrenhause die Ferien die Regel und die Plenarsitzungen die Ausnahme. Das Abgeordnetenhaus hat gestern seine 98. Sitzung abgehalten, während das Herrenhaus bisher mit 20 Sitzungen ausgekommen ist. Dabei muß der Präsident des Herrenhauses mit der Berufung desselben stets warten, bis nahezu alle Vorlagen aus dem Abgeordnetenhause fertig daliegen, will er sich nicht dem Vorwurf aussetzen, daß er die Herren ihren sonstigen Berufsgeschäften unnötiger Weise entziehe. So kommt es, daß dieses Mal das Herrenhaus erst zusammentritt, wenn das Abgeordnetenhaus fertig ist und dann muß dieses beisammen bleiben, um abzuwarten, ob das Oberhaus sich vielleicht in der einen oder anderen Vorlage eine Abweichung gestattet. In früheren Jahren hat das Herrenhaus alles Ernstes verlangt, daß der Etat ihm 3 Wochen vor dem Ablauf des Etatsjahres zugehe, damit die Finanzcommission Zeit habe, das Budget in Ruhe zu verathen. In diesem Jahre tritt die Finanzcommission erst gleichzeitig mit dem Plenum am 12. d. zusammen, und sie wird ohne Zweifel wieder einmal das Wunder zu Stande bringen, den ganzen Etat in ein bis zwei Sitzungen durchzupfeifen. Nur insoweit hat neuerdings das Herrenhaus der Ungebuld des anderen Hauses Rechnung getragen, als die Commission für die Landgemeindeordnung schon am 11. d. (Donnerstag) zur Verathung der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses zusammentritt, so daß das Gesetz eventuell schon am Sonnabend in das Plenum kommen kann.

Wenn das gelingt, kann der Sessionschluß vielleicht doch gegen Mitte nächster Woche erfolgen.

### Der Prozeß in Bochum.

Der Prozeß in Bochum (vergl. den Bericht über den Fortgang desselben unten) hat bekanntlich einen für die Kläger sehr wenig angenehmen Verlauf genommen. Mag sein, daß der Redacteur Zussang, der „falsch bekannte Zussang“, wie seine Feinde ihn nennen, sich in Einzelheiten geirrt und im Ausdruck gefehlt hat, im großen und ganzen hat er bewiesen, daß das Einschlagsgeschäft in Bochum in einer Weise gehandhabt worden ist, die als mustergiltig nicht betrachtet werden kann.

Der Director der Bochumer Gußstahlwerke, einer der potentesten deutschen Actiengesellschaften, ist mit einem Einkommen herangezogen worden, welches kaum seinem festen Gehalte entspricht, während jedermann weiß, daß bei solchen Herren das feste Gehalt hinter der Lantenne beinahe verschwindet. Der Vorsitzende der Einschlagscommission hat genügt, daß Hunderttausende von Mark an die Vorstandsmitglieder, Aufsichtsräte und Beamten vertheilt werden, hat aber dieselben bei der Einschlagung nicht herangezogen, weil er nicht weiß, wie sich diese Summe auf die einzelnen Beteiligte vertheilt. Bei uns im Osten haben die Einschlagscommissionen eine feinere Nase und

wissen jeden Empfänger einer Lantenne zu treffen. Eine Anzahl von Personen hat zugeben müssen, nicht mit der Hälfte, ja nicht dem vierten Theil ihres wirklichen Einkommens getroffen zu sein.

Herr v. Ennen hat sich, bemerkt dazu die „Bresl. Ztg.“, darüber beschwert, daß in Berlin der Communalsteuersatz nur 100 Proc. beträgt, und will deswegen den Berlinern, Breslauer u. s. w. eine besondere Polizeilaftenabgabe aufhalsen. Man sieht jetzt, daß die rheinischen Städte auch mit einem Zuschlage von 100 Proc. reichen würden, wenn bei ihnen die Einschläge in derselben Weise wie hier vorgenommen würden. Es giebt wohl eine Reihe von rheinischen und westfälischen Städten, in denen es sich lohnt, eine ähnliche Untersuchung, wie in Bochum anzustellen.

Herr Baare ist einer der mächtigsten Förderer der Schutzöllnpolitik gewesen; ihm ist es vor einer Reihe von Jahren gelungen, den Großherzog von Baden für die Wiedereinführung von Eisenzöllen zu gewinnen. Diese Zollpolitik hat ihm und dem von ihm geleiteten Verein ein erheblich vergrößertes Einkommen verschafft. Man hätte nun wenigstens erwarten sollen, daß er dieses ihm zugeflossene Einkommen nach den Gesetzen vertheilte. Statt dessen sehen wir, daß besondere Einrichtungen getroffen sind, die nur darauf abzielen konnten, die Einschlagscommissionen über den Betrag des Beamten-Einkommens zu täuschen. Es wurde den Beamten eine ostensible Quittung und daneben eine zu heimlichem Gebrauch abverlangt.

Die Behauptung, daß die von dem Bochumer Werk gelieferten Schienen mit einem falschen Stempel versehen wurden, der dazu dienen sollte, über ihre Güte zu täuschen, ist eine Sache für sich, welche Gegenstand der eingehendsten Untersuchung werden muß. Vorläufig kann man kaum daran glauben, daß in dieser Weise gegen die Sicherheit des Eisenbahnverkehrs gefrevelt worden ist. Aber die Untersuchung wird hoffentlich bis zur völligen Beruhigung des Publikums fortgeführt werden.

### Die Verlegung des Bußtages.

Der Beschluß der Commission des Abgeordnetenhauses betreffs der Einführung eines neuen Bußtages, durch welchen unter Streichung der Befugniß, dem alten Bußtage durch königliche Ordre den staatlichen Schutz für einzelne Landes- theile zu belassen, der letzte Freitag im November als Bußtag festgestellt wird, bietet schwerlich eine geeignete Lösung dieser Frage. Da die Bischöfe für die Anerkennung dieses Tages als kirchlichen Festtages nicht zu gewinnen sein werden, so wäre damit die Eintheiligkeit der Ordnung des Bußtages für beide Confessionen durchbrochen und nach dieser Richtung ein ungleich weniger übereinstimmender und nachtheiliger Zustand geschaffen, als er jetzt besteht. Aber auch soweit der bezeichnete Tag wirklich als kirchlicher Feiertag gelten würde, ständen ihm mindestens gleiche wirtschaftliche Bedenken entgegen, wie sie vom landwirtschaftlichen Standpunkte gegen den jetzigen Bußtag erhoben werden. Hauptächlich bedroht wurden von dem Freitag alle Betriebe, in denen die Dampfkraft eine Rolle spielt, von dem letzten Freitag im November die Montan- und Zuckerindustrie, sowie alle Gewerbe, welche für die Weihnachtzeit arbeiten. „Auch der Regierung ist“, bemerken dazu die „Pol. Nachr.“, „mit dieser Lösung der Frage nicht gebient; man ist in deren Ansehn vielmehr geneigt, anzunehmen, daß nach dem Verlauf der commissionarischen Verathung in der laufenden Session ein befriedigender Abschluß der Frage nicht zu erzielen ist und daß es daher besser sei, sie für jetzt offen zu lassen und in der nächsten Session einen neuen Anlauf zur Lösung derselben zu unternehmen. Dafür spricht auch der Umstand, daß die berufenen Organe der katholischen Kirche geneigt zu sein scheinen, den evangelisch-kirchlichen Wünschen insoweit entgegenzukommen, als sie mit der Verlegung des Bußtages an das Ende des Kirchenjahres, aber allerdings auf den letzten Sonntag desselben einverstanden sein dürften. Es bedarf der näheren Darlegung nicht, daß gegen diesen Vorschlag diejenigen wirtschaftlichen Bedenken nicht Platz greifen, welche gegen die Wahl des Freitags vor dem 1. Advent zu erheben sein würden. In evangelischen Kreisen ist man freilich vorerst nicht geneigt, der Verlegung des Bußtages auf einen Sonntag zuzustimmen. Aber man wird sich auch dort der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß sowohl der wirtschaftliche Standpunkt, wie der der katholischen Kirche berücksichtigt werden muß, wenn eine allseits befriedigende Lösung gefunden werden soll. Es wird daher neuer Verhandlungen bedürfen, bevor die Sache spruchreif ist.“

### Die Ertheilung des katholischen Religionsunterrichts in der polnischen Muttersprache.

Die regierungsseitig gelegentlich einer Erörterung in der Petitioncommission des preussischen Abgeordnetenhauses bezüglich der Ertheilung des katholischen Religionsunterrichts in der polnischen Muttersprache festgestellt wurde, ist in solchen Schulen mit sprachlich gemischter Bevölkerung, in denen Kinder Aufnahme finden, die lediglich die polnische Sprache als ihre Muttersprache sprechen, der Gebrauch dieser Sprache nach Maßgabe eines bestimmten Planes gestattet und vorgeschrieben. Nach diesem Plane, der auch in den anderen Provinzen und nicht nur bezüglich der polnischen, sondern auch bezüglich der übrigen in einzelnen Grenzgebieten vorkommenden, nichtdeutschen Sprachen Anwendung und Billigung gefunden hat, ist den Kindern der Religionsunterricht allerdings in der Unterstufe in ihrer

Muttersprache und in der Mittelstufe unter Zu hilfenahme der Muttersprache zu ertheilen. Diese Vorschrift erstreckt sich aber ihrer Bestimmung nach nur auf solche Schulen, in denen die der Schule zugeführten Kinder von Hause aus nur des Polnischen mächtig sind. Für Gemeinden, in welchen sich die Bevölkerung an die deutsche Sprache als Umgangssprache herant gewöhnt hat, daß auch die Kinder des Deutschen mächtig und im Stande sind, auch dem Religionsunterricht in deutscher Sprache mit Verständnis und Nutzen zu folgen, trifft die Vorschrift nicht zu.

### Arbeiten des Weltpostcongresses.

Die erste Commission des Weltpostcongresses hat die Revision des Hauptvertrages des Weltpostvereins beendet. Dieselbe empfiehlt die Regelung des Sortirens der von dem Commandanten eines Kriegsschiffes aufgegebenen Correspondenzen und schlägt die Einführung einer neuen Vertragsbestimmung vor, nach welcher sich die Vereinststaaten gegenseitig zur Verfolgung von Nachahmungen und Mißbrauches von Postwerthezeichen verpflichten. Die dritte Commission beendete die Revision des Uebereinkommens bezüglich der Postanweisungen und der zugehörigen Reglements, wodurch Dank dem Entgegenkommen der französischen Delegirten ein neuer wichtiger Schritt zur Vereinfachung des Vereinstverkehres geschieht. Die vierte Commission beschloß, den ersten Theil des österreichischen Vorschlages, betreffend die Codification der gesammelten Bestimmungen in einem Hauptvertrage und einem Ausführungsreglement, einer Enquete-Commission zu überweisen; über den zweiten ist noch kein Beschluß gefaßt.

### Aus dem österreichischen Parlamente.

In der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses erklärte bei der Verathung über den Dispositionsfonds der Abgeordnete Heilsberg namens der Linken, die Linke werde im Ausfusse ohne Präjudiz dafür stimmen, sich indeß vorbehalten bei der Generaldebatte im Plenum ihre Parteilichkeit zu kennzeichnen. Der Jungtschech Herold warf der Regierung vor, daß sie die wesentlichen Punkte des Programms der Tschechen mißachte; sollte ein solches Verhalten andauern, so werde in Böhmen kaum eine tschechische Partei zu finden sein, die im Reichsrathe mitzuarbeiten gewillt wäre; die Jungtschechen würden dann, ohne auf die übrigen Verhältnisse in Oesterreich Rücksicht zu nehmen, ihr Recht durchzusetzen trachten.

Der Abgeordnete Bareuther erklärte namens der Deutschnationalen, daß dieselben gegen den Dispositionsfonds stimmen würden. Der Ministerpräsident Graf Taaffe hob hervor, daß der in der Thronrede gewünschte Waffenstillstand zwischen den Parteien behufs ihrer Annäherung zu einer sorgfältigen Lösung der wirtschaftlichen, nur budgetären Aufgaben vielfach bereits erreicht worden wäre, zaubern könnten allerdings weder die Regierung noch die Parteien. Bei der darauf erfolgenden Abstimmung über den Dispositionsfonds wurde derselbe mit allen gegen drei Stimmen (zwei Jungtschechen, ein Deutschnationaler) bewilligt.

### Monarchistenbanket in Frankreich.

Am Sonntag hat in Paris das Jahresbanket der monarchischen Presse stattgefunden. Dabei hielt Graf d'Aussouville eine Rede, in welcher er seiner Zustimmung zu der Haltung der Deputirten der monarchischen Partei Ausdruck gab, welche alle ihre Anstrengungen auf die Vertheidigung der religiösen und conservativen Interessen richtete. d'Aussouville wies sodann auf die der conservativen Presse zufallende Aufgabe hin, welche darin bestehe, das Land aufzuklären; der Redner appellirte an die Hingebung der royalistischen Jugend und schloß, Frankreich müsse nach der Rückkehr eines Königs streben, der dem Vaterlande den ihm gebührenden Rang in Europa wieder verschaffen werde.

### Der Omnibusküßerstreik in London.

Der Präsident des Verbandes der Omnibusbediensteten, Guthurst, hatte gestern eine Unterredung mit den Directoren der beiden Omnibusgesellschaften, in welcher er die Forderungen der Streikenden formulirte. Die Entscheidung der Directoren ist noch nicht officiell bekannt. Man glaubt, daß der Zwölftendtag den Streikenden bewilligt werden wird, doch soll derselbe erst mit dem 13. Juli beginnen. Ein freier Tag alle 14 Tage dürfte nicht bewilligt werden. Die Kutsher werden 6 sh. und 6 d. täglich und die Conducteure 5 sh. erhalten. Die Gesellschaften weigern sich, den Personen, die im Dienst geblieben sind, den Abschied zu geben.

### Abgeordnetenhaus.

98. Sitzung vom 8. Juni.  
Dritte Verathung des Gesetzesentwurfs betreffend die Beförderung der Errichtung von Rentengütern.

In der Generaldiscussion legte Abg. Szuman (Pole) die Bedenken seiner Freunde gegen den Gesetzesentwurf dar und bezeugte die Wirksamkeit des Gesetzes.

Abg. v. Los (Centr.): Ich begreife nicht, wie die Freisinnigen gegen ein Gesetz kämpfen können, welches dazu dienen soll, eine bessere Vertheilung des Grundbesitzes herbeizuführen und einen mittleren und kleineren Grundbesitz zu schaffen. Ihre Bedenken sind vom Finanzminister schon so schlagend widerlegt, daß ich darauf nicht zurückkommen will. Ich freue mich über das Gesetz, wenn es auch in meiner rheinländischen Heimath kaum zur Anwendung kommen wird, weil wir keinen großen zu parzellirenden Grundbesitz haben. Aber das Gesetz wird ein Schutz gegen die Vertheilung des Grundbesitzes bieten und die bisherige hypothekarische Belastung desselben mit Hilfe der Rentenbanken beseitigen.

Abg. Rickert: Der Vorredner meinte, die Gründe



gegen dieses Gesetz seien so schlagend widerlegt, daß es nicht lohnte, noch darauf einzugehen. Weshalb hat er denn so lange gesprochen? (Heiterkeit.) Die Consequenzen, die er daraus gezogen, gehen erst die nötige Beleuchtung seines Standpunktes. Er sieht die Noth der Landwirthschaft in der kapitalistischen Verschüttung. Und dagegen soll dies Gesetz eine Abhilfe gewähren? Mit solchen Quackalbern wollen Sie die Schulden belasten? Ist die Rente ein Schutz gegen die weitere Verschüttung? Nein, der Unterschied ist nur der, daß der Besitzer eines Rentengutes, wenn er verschuldet wird, schlechter daran ist, als der freie Besitzer. Man hat uns in der Presse angegriffen, daß wir als Liberale dem liberalen, ja demokratischen Gedanken dieses Gesetzes widerstehen. Das ist eine völlig unrichtige Auffassung. Dem liberalen Gedanken hat der Rathung des Gesetzes vom März 1850 das conservative Ministerium Manteuffel gegen die Altsitz-Neu- und Bismarck zum Siege verholfen: der freien Verfügung über das Eigenthum, der Beseitigung der unablässbaren Rente. Von diesem Gedanken wird die vorzügliche preussische Agrargesetzgebung von Anfang des Jahrhunderts an getragen. Jetzt sollen wir Altpreußen eine hannoversche Einrichtung annehmen, die unserer Vergangenheit gar nicht entspricht. Weshalb denn diese Eile und Ueberstürzung, obwohl Sie mit dem Anstiedelungsgesetz von 1850 noch wenig Erfahrungen gemacht haben? Der Abg. Combart ist der eigentliche Vater des Rentengütergesetzes vom vorigen Jahre, das Sie jetzt mit einem unbegrenzten Staatscredit erweitern wollen. Der Abg. Combart aber stimmte mit uns nur wegen der Zulassung einer unablässbaren Rente gegen das Rentengütergesetz. Auch 1856 hat der nationalliberale Abg. Weber einen Antrag auf Streichung der unablässbaren Rente eingebracht, und die „Nat.-Stg.“ erklärte damals, daß man ohne Noth in jenem Gesetz den bewährtesten Grundgedanken der preussischen Agrarpolitik, denen so gemähte Liberale wie Sie ihr Leben gewidmet, entgegengehandelt und die Traditionen zweier Menschenalter ruhmvoller Arbeit an der Befreiung des Bauernlandes umgestürzt hätte. Gleichwohl greift man uns jetzt in der nationalliberalen Presse an, daß wir uns bei diesen so charakteristischen Gesetzen nicht beteiligen und die Verantwortung dafür nicht mit übernehmen wollten. Das geht denn doch wirklich zu weit. Die Regierung war noch vor wenigen Jahren sehr jaghaft und zögernd. Nur auf Wunsch des Landtages hat sie in der letzten Session das Gesetz eingebracht, ohne Aufforderung des Landtages hätte sie es nicht gethan, wie der Minister Cuius damals erklärte. Noch heute sind in allen Parteien Männer, welche das Experiment nicht mitmachen wollen. Graf Bismarck im Herrenhause meinte, es werde nicht viele Dumme geben, welche darauf hereinfallen und in die unfreie Stellung hineintreten würden. Der Minister Miquel ist ein Freund der Erbpacht; diese hannoversche Einrichtung paßt aber für unsere Verhältnisse nicht. Der Minister sagte: Die meisten Rentenberechtigten würden die Unablässbarkeit der Rente nicht wollen und nicht verlangen. Nun, weshalb läßt man sie in dem Gesetz ausdrücklich zu und hebt die allpreussischen Bestimmungen auf? Das ist ja nur der Stein des Anstoßes für uns. Wenn kein Bedürfnis dazu, wozu dies. Darauf haben wir keinerlei Antwort erhalten. Mancher wird einen solchen Vertrag eingehen, ohne die Tragweite zu übersehen. Dann aber wird er später ermahnen und unzufrieden sein. Man parcellirt doch, wie es seit Jahrzehnten gefordert wird, die Domänen und räume die Hindernisse weg, welche den privaten Parcellirungen entgegenstehen. Man denke nur an Pommern! Wie viel Hindernisse hat den Weg gelegt. Man sagt, die Privaten könnten das nicht in dem Umfange. Was erzählen aber die Thatsachen? Die Anstiedelungscommission hat seit 1856 712 Anstiedelungsstellen in Posen und Westpreußen geschaffen, im Kolberger Kreise allein mehrere Private durch Verschaffung von größeren Gütern 600 Stellen. Gegen die Rentenbanken sind wir nicht, aber man mache die Schuld ablösbar und amortisierbar. Es ist doch eine wunderbare Politik, die man treibt, immer ein Pferd vor und gleichzeitig eins hinter dem Wagen. Socialpolitik heißt das Pferd vorn, Getreidezölle von 5 Mk., wie sie sonst kein Land der Welt mehr hat, das Pferd hinten; hier heißt das Pferd vorn Rentengüter mit unablässbarer Rente, das hintere Fideicommiss. (Sehr gut links.) Das Gesetz wird entweder unwirksam bleiben, dann wird es nichts als ein toter Buchstabe sein; oder es wird Wirkung haben, und dann ist es bedenklich für den Staatscredit und für die Landwirthschaft. Wir sind deshalb gegen das Gesetz, das Schäden bringt und keine zufriedenen, sondern unzufriedene kleine Besitzer schafft wird. (Beifall links.)

Abg. Combart (n.-l.): Ich gehe nicht soweit, eine unablässbare Rente zu fordern, sondern ich will nur eine besser amortisierbare Rente haben. Ich verweise auf die Agrargesetzgebung im Anfang dieses Jahrhunderts, wo Friedrich Wilhelm III. aus Domänengütern Rentengüter machte. Die Rentenbanken, die damals geschaffen wurden, haben einen so großen Theil der von ihnen ausgelegten Rentenablosungen wieder bekommen, daß zu hoffen ist, daß in Bälde die ganze Summe abgelöst werden wird. Die Vorlage, um die es sich hier handelt, giebt den Rentengutsbesitzern noch weniger Rechte als das Anstiedelungsgesetz für Posen und Westpreußen. Da werden den Leuten die selber zu 3 Proc. gegeben, es wird ihnen eine dreijährige Frist bis zum Amortisationsbeginne gelassen. Hier aber wird eine vollständige Abhängigkeit der Rentengutsbesitzer stipulirt. Damit fördern Sie den socialen Frieden nicht. Ich begreife nicht, wie die Herren Conservativen, die noch im vorigen Jahre 60 oder höchstens 65 Jahre lang die Rente unablässbar belassen wollten, jetzt für die dauernde Unablässbarkeit eintreten. Mit jawarem Herzen werde ich dennoch für die Vorlage stimmen, weil sie immerhin einige Verbesserungen enthält.

Minister v. Herden: Die beiden Redner haben sich gegen die Vorlage aus dem vorigen Jahre, nicht aber gegen die jetzige gewandt. Ich befreite, daß das Gesetz im Widerspruch steht zu der Agrarpolitik der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts. Die Regierung hat nicht tonaler vorgehen können als sie es gethan hat. Sie ist der Aufforderung der beiden Häuser, eine Vorlage einzubringen, einfach nachgegeben. Sie dürfen ihr also nicht vormwerfen, daß sie einen Sprung ins Dunkle macht. Die Privatthätigkeit wird durch die Vorlage nicht gehindert. Auf die sonstigen Bedenken einzugehen, habe ich keine Veranlassung.

Abg. v. Gertelski (Posen): Die Vermögensverhältnisse in der Provinz Posen machen der Schaffung kleinerer Landgüter durch private Thätigkeit die größten Schwierigkeiten. Ich bitte die Regierung, in dieser Beziehung in Zukunft Wandel eintreten zu lassen.

Abg. v. Guene (Sachsen): Bezieht, daß eine Abhängigkeit der Rentengutsbesitzer eintreten werde; nur wo Arbeiter angestellt werden, wird eine Unablässbarkeit der Renten eintreten, da ist sie aber auch notwendig. Sonst kann der Rentengutsbesitzer seine Befreiung jeden Augenblick wieder verkaufen. Von einer neuen Art Fideicommiss könne gar nicht gesprochen werden (Widerstand links), denn in der Mehrheit der Fälle werde eine Unablässbarkeit der Rente gar nicht eintreten. Ohne die Hilfe der Rentenbanken würde die Bildung von Rentengütern nur in beschränktem Maße eintreten.

Abg. Gattler (n.-l.): Wenn Hr. Richter der Vorlage den Vorwurf der hannoverschen Zirkung macht, so frage ich ihn, ob er die hannoverschen Landverhältnisse, wo nur wenige Großgrundbesitzer und viele kleine Grundbesitzer sind, denen in den östlichen Provinzen, wo das Gegentheil der Fall ist, vorzieht, und ich erinnere ihn daran, daß in Hannover der liberale Gedanke weit mehr Boden gefunden hat in allen Gesetzen als im Osten der Monarchie, darum sollte eine Ausbehnung dieser Grundzüge Ihnen nur sympathisch sein. Im übrigen befreite Redner, daß eine Abhängigkeit der Bauern durch das Gesetz geschaffen werde.

Abg. v. Tschopp (Freiconf.): Die Abhängigkeit der Rentenbesitzer ist bei weitem nicht so schlimm, wie die Abhängigkeit des Gutsbesitzers vom Hypothekengläubiger. Die Unablässbarkeit der Rente ist unbedingt, da die Vertragsfreiheit gewährleistet ist.

Minister Bismarck: Den Ausführungen des Abg. Richter über die Privatthätigkeit gegenüber mache ich nur auf eine Thatsache aufmerksam. Der Landrath des Kreises, in welchem die Gemeinde Pöschel liegt, hat mit den Herren, die 40000 Morgen Landes colonisirt, ein Protocol aufgenommen, in dem es am Schluß heißt: „Hätten wir schon das Rentengütergesetz, welches jetzt vorliegt, dann wäre uns das Unternehmen viel leichter geworden“, und sie fügten weiter hinzu, daß sie noch eine Reihe solcher Parcellirungen im Auge hätten, daß sie aber nicht dazu das nötige Kapital hätten aufbringen können, wäre die Vorlage schon Gesetz, so hätten sie mit Hilfe der Rentenbanken leicht Geld bekommen können. Hieraus geht hervor, wie verkehrt der Widerstand gegen das Gesetz vom Standpunkt der Vertheiliger der Privatthätigkeit ist. Es handelt sich bei diesem Gesetz nicht um specifisch hannoversche Zirkung, und das Gesetz ist nicht auf Veranlassung des Provinziallandtages, sondern auf die beider Häuser des Landtages eingebracht worden. Außerdem wird es wohl in Hannover weniger Anwendung finden, als in den alten preussischen Provinzen. Es wird eine ablösbare Rente stipulirt und eine unablässbare Rente eingerichtet, wenn sie das einzige Mittel ist, ein Rentengut zu schaffen. Es ist ähnlich, wie bei einer Brücke, die man lieber nimmt mit einem Brückenpfeiler, als daß man überhaupt auf sie verzichtet, wenn auch eine ohne Pfeiler annehmbarer ist. Daß eine solche unablässbare Rente auf ewig unablässbar sein soll, ist niemals behauptet worden. Im Falle der Ablosbarkeit kann nun der Rentengutsbesitzer jederzeit sein Gut verkaufen, Hypotheken aufnehmen, nach 10 Jahren eine Rente ablösen, die Ablosungssumme jederzeit beliebig vergrößern. Es ist das also keine größere Abhängigkeit, als die eines Gutsbesitzers von Hypothekengläubigern. Hr. Richter warf der Regierung die Begünstigung der Fideicommisswirthschaft vor. Wodurch soll die Regierung diese Begünstigung betätigen haben? Wir fanden hier eben bestimmte Verhältnisse vor, an denen wir gar nichts ändern. Andererseits wirft uns Hr. Richter vor, daß wir an den Normen nichts ändern wollten. Den entgegengesetzten Vorwurf macht uns die rechte Seite des Hauses, und wir können ungetheilt und ruhig den Kämpfen dieser beiden Seiten des Hauses zusehen. Die gegenwärtige Vorlage beruht nicht bloß auf einem Landtagsbeschlusse, sondern auf der historischen Entwicklung der preussischen Agrargesetzgebung, welche auf eine mögliche Befreiung der Hinterlassenen von den Gutsbesitzern hinführt. In den Bezirken, wo einem mächtigen Großgrundbesitz ein wenig kräftiger mittlerer und kleiner Bauernstand gegenüberstand, konnte sich der letztere nur wenig entwickeln. Diese historische Entwicklung unserer ländlichen Verhältnisse nötigte uns zu der Vorlage. Damit steht aber auch die Erfahrung und die Wissenschaft im Einklang; alle Autoritäten der Nationalökonomie erklären sich für die Rentengüter, wie sie hier in der Vorlage vorgeschlagen sind, und auf dem jüngsten Socialpolitischen Congreß sprachen sich Männer der Wissenschaft und der Praxis zustimmend aus. Diefem Gesetz kann man also den Vorwurf eines reactionären Vorgehens, eines Zurückfallens in die Vergangenheit, eines Verleugerns der agrarpolitischen Gesetzgebung nicht machen.

Abg. Richter: Ich wußte wohl, daß es eine hitzige Sache ist, den Herren aus Hannover entgegenzutreten. Die Herren sind von den Vorjahren aller ihrer Einrichtungen so überzeugt, daß sie es nicht für möglich halten, daß jemand, der seine fünf Sinne noch beisammen hat, anders denkt. Die Aeußerungen des Abg. Gattler kann ich nur sehr schmerzhaft nehmen; im Ernst kann er doch nicht behaupten, ich wäre von den Vorjahren des Gesetzes überzeugt. Was hat denn die Vertheilung des Grundbesitzes mit der Erbpacht zu thun? Auch ohne diese Einrichtung giebt es Bezirke in Deutschland und Preußen, wo die Vertheilung ebenso günstig ist, wie in Hannover. Der Finanzminister meinte, „die Wissenschaft“ habe sich für diese Form der Rentengüter erklärt. Die Wissenschaft? Einzelne Professoren mögen es gethan haben, sie sind doch aber nicht die Wissenschaft. Ich kann andere nennen, die anderer Meinung sind. Der Finanzminister sagt: „Wir sind die eigentlichen Vertreter der Freiheit, jeder kann thun was er will, er kann sich auch auf Unablässbarkeit der Rente in einem Vertrage verpflichten. Die preussische Gesetzgebung sagte und wir treten dem bei: für ein Menschengeschlecht soll die Freiheit haben, aber auf Generationen seinen Nachkommen ebenso im Vertrage die Verfügungsfreiheit vorenthalten“, das soll er nicht. Dies wäre eine dem Ganzen schädliche Freiheit. Wenn die Regierung von der Schädlichkeit der Fideicommiss überzeugt ist, so sollte sie doch mit einem Gesetz einen Regel vor. Gegen die Hannoveraner will ich den altpreussischen Particularismus nicht aufreggen; wir wollen nur unsere bewährten Einrichtungen behalten. Bei den Justizgesetzen haben wir unsere Erfahrungen gemacht. Freube hat mir der Abg. v. Guene gemacht. Er sagte: Gehaltsarbeiter wird dieses Gesetz nicht machen und ich glaube auch nicht, daß die Gutsbesitzer schon wegen der Communalverhältnisse sich viele solcher schaffen werden. Er sagte ferner: für den Bauern aber will ich die Unablässbarkeit der Rente nicht. Wer solchen Vertrag eingeht, ist kein rechter Bauer. Vollkommen richtig. Das ist auch unsere Meinung und deshalb freichen wir im Interesse eines freien Bauernstandes die Zulassung der unablässbaren Rente. Wer das nicht thut, dem wird der Bauer nicht dankbar sein. (Bravo links.)

Damit schließt die Generaldiscussion. In der Specialdiscussion werden ohne wesentliche Debatte die einzelnen Paragraphen und das Gesetz im ganzen angenommen.

Der Gesetzentwurf, betr. Eintragung in die Hypothek- und Grundbuchsrolle, und der Vertrag mit Bremen und Oldenburg wegen Herstellung einer neuen Seilbahn in der Außen-Wefer werden ohne Debatte in 3. Lesung genehmigt.

In zweiter Lesung werden darauf die Gesetzentwürfe, betreffend die Heranziehung der Fabriken u. s. w., die Voraussetzungen für den Wegebau in den Provinzen Brandenburg, Schleswig-Holstein und Rheinland genehmigt.

Nächste Sitzung: Dienstag.

**Deutschland.**

\* Berlin, 8. Juni. Der Kaiser hat in einem Antwortschreiben an den Erbgroßherzog von Oldenburg sein Ausbleiben von der Hauptversammlung der deutschen Landwirthschaftsgesellschaft in Bremen um so mehr bedauert, als er „unausgesprochen der Landwirthschaft seine fürsorgliche Theilnahme zuwenden und im Verein mit seiner Staatsregierung bemüht sei, die auf die Beförderung der landwirthschaftlichen Verhältnisse gerichteten Bestrebungen nach Kräften zu fördern.“

\* Ein Brief Kaiser Friedrichs. Eine Biographie über Mag. Dunder von R. Seim veröffentlicht einen Brief des Kronprinzen und späteren Kaisers Friedrich. Der Brief ist an Mag. Dunder, den damaligen vortragenden Rath des Kronprinzen gerichtet und datirt aus Pultusk vom 14. Juni 1863. Kurz zuvor hatte der Kronprinz die Preßordonnanz in Danzig öffentlich veröffentlicht. Dunder machte dem Kronprinzen Vorstellungen zu Gunsten von Bismarck. Der Kronprinz wies diese Vorstellungen zurück in einem Briefe, in welchem er sich verwahrt gegen gewisse Publicationen. Die betreffende Correspondenz befindet sich in Original und Abschrift in seinen Händen. Der Brief des Kronprinzen fährt dann wörtlich fort, wie folgt:

„Sollten geheime Ränke angewendet worden sein,

dann freilich ist meine Macht zu Ende, und wäre ich wenig überrascht, wenn man durch eine in gewissen Kreisen nicht ungewohnte Spionage meiner Person sich Bismarckscheits in Besitz von Abschriften zu setzen gesucht hätte! Wir werden es wohl einmal erfahren. Wenn die Fortschrittspartei mich zu den übrigen rechnen will und alles daran setzt, so ist hiergegen ebenso wenig zu thun, als ich's verhindern kann, das Bismarck mich zu dem Seinigen zu stempeln eifrig bemüht war. Meine Ansichten ertheilen aus den Dazwischen Worten; mehr thun oder reden will ich nicht, da ich kein Oppositionsführer sein will. Sind Waldeck und Consorten die Fortschrittler, so habe ich keine Gemeinschaft mit diesen. Versteht man aber die Freisinnigen unter jenen Namen, mit denen leider die Altliberalen jetzt nicht zusammengehen, so denke ich nicht daran, jene Fortschrittler als Feinde zu betrachten.“

\* [Dem Fürsten Bismarck] wurde vor einigen Tagen das Ehrenbürgerrecht der sächsischen Stadt Bischofswerder überreicht. Der Fürst dankte „sichlich bewegt“. — Die Nachricht, daß Fürst Bismarck nach Riffingen gehen werde, wird der „A. N. Corr.“ als unzutreffend bezeichnet. Graf Herbert Bismarck wird sich in den nächsten Tagen nach Schönhausen begeben, um für die Einrichtung des dortigen Bismarck-Museums thätig zu werden.

\* [Als Amtsnachfolger Stöckers] wird jetzt der Superintendent der Diocese Berlin I., der Oberpfarrer der St. Elisabethsgemeinde Döblin, bezeichnet; er wird auch, wie verlautet, das Nebenamt eines Obergerichtsraths übernehmen.

\* [Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses.] Der schon angekündigte, durch die Vorgänge bei der Getreidezollerklärung des Herrn v. Caprivi veranlaßte Antrag der Freisinnigen auf Abänderung der Geschäftsordnung lautet:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: In der Geschäftsordnung des Hauses nachfolgenden § 35 a anzunehmen:

An Mittheilungen der Regierung, welche im Plenum des Hauses außerhalb der Tagesordnung erfolgen, darf sich eine sofortige Besprechung des Gegenstandes der Mittheilungen anschließen, wenn mindestens 50 Mitglieder darauf antragen. Die Stellung eines Antrages bei dieser Besprechung ist unzulässig. Es bleibt aber jedem Mitgliede des Hauses überlassen, den Gegenstand in Form eines Antrages weiter zu verfolgen. Anträge im Sinne des Artikels 60 der Verfassungsurkunde Alinea 2 sind jederzeit zulässig.

\* [Mitglieder und Ehrengäste des Vereins der Berliner Volkskühnen] hatten sich in Fortsetzung der 25jährigen Jubelfeier am Sonnabend Abend im Saale des Zoologischen Gartens zu einem Festmahle vereinigt. Frau Cina Morgenstern, die Begründerin und Leiterin des Vereins, führte den Vorsitz. Rechtsanwalt Jacobi brachte den ersten Trinkspruch auf die kaiserlichen Majestäten, nachdem er der Zuvorrichtung Ausdruck gegeben, daß die regierende Kaiserin als nummehrige Schutzherrin des Vereins die Ueberlieferungen der unvergesslichen Kaiserin Augusta aufrecht erhalten werde. Frau Olga Morgenstern, die kunstgewandte Reclatorin, sprach ein von ihr verfaßtes Gedicht, das die Fürsorge der Volkskühnen für die Armen und Verlassenen ins Licht stellte; Geh. Rath Dirschow ließ darauf das Institut hochleben, welches die Bedeutung der Frau im öffentlichen Leben so segensreich klargestellt habe. Frau Bamberger trug darauf ein Gedicht vor, das die Namen der Mutterdamen des Vereins, der Frauen Sachs, Cubitz, Ramack und Morgenstern in franche Beziehungen setzte. Der Stadtverordnete Franke sprach namens der Stadtväter den Wunsch aus, daß das Menu der Volkskühnen in den nächsten 25 Jahren dem dieses Abends gleichkommen möge, und Prediger Richter-Mariendorf feierte die Seniorin des Vereins, Frau Falke. Im Laufe des Abends kamen noch zahlreiche Depeschen zur Verlesung, in denen dem Verein von auswärtigen Glückwünsche und Antheilsbezeugungen ausgedrückt wurden. Das Glückwunschtelegramm der Frau Großherzogin von Baden an Frau Morgenstern lautet: „Mit aufrichtiger Theilnahme folge ich der heutigen Jubelfeier Ihres segensreichen Vereins und sende herzlichste Wünsche für sein ferneres gutes Gedeihen, in Dankbarkeit Ihrer unermüdblichen Thätigkeit eingedenk.“ Herr Friedrich-Chemnitz brachte den jüngeren Damen des Vereins, denen dessen Zukunft anheimgegeben sei, ein Hoch, und Frau Morgenstern toastete schließlich auf „Ihre Armee“, insbesondere auf die Vorsteherinnen der Küche. Nachdem das Mal zu Ende, wurde noch ein von Frau Morgenstern verfaßtes und von Frä. Olga Morgenstern in Scene gesetztes Lustspiel von Dilettanten aufgeführt, welches zeigt, wie Herzens- und Magenfragen zugleich in den „Berliner Volkskühnen“ zur glücklichen Lösung kommen.

Hamburg, 8. Juni. Der Senator Syndicus Dr. Neer ist gestern gestorben.

Alex. 8. Juni. Die Yacht „Trene“, an Bord Prinz Heinrich, ist heute Nachmittag 4 1/2 Uhr glücklich eingelaufen.

Karlsruhe, 8. Juni. Die Kronprinzessin von Schweden ist mit dem Großherzog und der Großherzogin nach Baden-Baden übergeföhrt.

Essen, 6. Juni. [Der Bochumer Steuerprozeß.] Die heutige Verhandlung beschäftigte sich hauptsächlich mit der Frage, ob die Verhandlung nach den gestern erfolgten Enthüllungen über die Betrügereien, die bei dem von Hrn. Baare geleiteten Bochumer Verein vorgekommen sein sollen, fortgesetzt werden könnten oder vertagt werden müßten, bis die Staatsanwaltschaft über jene Anlagen Beschlüsse gefaßt hätte. Der Staatsanwalt erklärte, daß bereits die Erhebungen begonnen hätten, daß er aber nicht sagen könne, bis zu welchem Termin dieselben zum Abschluß kommen könnten. Der Präsident fragte den Angeklagten, Rebacleur Fusangel, wann er Kenntniß von dem Material dieser Beschuldigung erhalten habe, und dieser erwiderte: „Schon seit einem Jahre, ich habe mich aber aus rein menschlicher Rücksicht lange gekümmert, davon Gebrauch zu machen. Ich bin, als wir in den Prozeß eintreten, mir noch nicht schlüssig gewesen, die Sachen hier vorzubringen, weil es mir schwer fiel, einen alten Mann, der auf ein Leben voll Ehren zurückblickt und hohe Vertrauensstellungen einnimmt, anzuklagen.“ Der Gerichtshof beschloß dann, vorläufig von einer Vertagung abzusehen und die Zeugenvernehmungen fortzusetzen. — Es werden zunächst 20 Zeugen vernommen, welche die Unparteilichkeit der Einschätzung bezeugen sollen, sie sind größtentheils katholisch und gehören der Centrumpartei an. Von ihnen sind 14 rätzig, 14 zu niedrig und 2 zu hoch eingeschätzt. — Der Oberbürgermeister Bollmann macht Mittheilungen über die confessionellen Verhältnisse innerhalb des Magistrats, der Stadtverordnetenversammlung und der Einschätzungscommission; um die politische Parteilichkeit der Mitglieder habe er sich grundsätzlich nicht gekümmert und könne daher darüber nichts

mittheilen. Es gehören der evangelischen, der katholischen und der jüdischen Religion an im Magistrat: 4, 2 und 1; von den Stadtverordneten: 13, 11 und 0; in der Einkommensteuer-Commission: 6, 4 und 1; in den Klassensteuer-Commissionen: 27, 27 und 1.

**Oesterreich-Ungarn.**

Graz, 7. Juni. Universitätsprofessor Rembold hat beim Grafen Hartenau eine Blindarmen-Vereinigung festgestellt. Der Graf befindet sich zur Stunde außer Gefahr und wird sich nach seiner Genesung mit längerem Urlaube nach Karlsbad begeben. Sein Bruder, Prinz Ludwig v. Battenberg, Befehlshaber des britischen Kreuzers „Scout“, ist heute aus Triest hier eingetroffen.

**Schweiz.**

Bern, 8. Juni. Der Nationalrath hat den Antrag Brenner, der Bundesrath möge über die Amnestirung der wegen Theilnahme an den teuffner Ereignissen (Frühjahr 1889 und Herbst 1890) den eidgenössischen Ämtern überwiesenen Personen Bericht und Antrag überbringen, mit 69 gegen 53 Stimmen für erheblich erklärt.

**Frankreich.**

Paris, 8. Juni. Die Deputirtenkammer genehmigte den Gesetzentwurf betreffend die Zustimmung zu dem in der internationalen Telegraphenconferenz zu Paris festgelegten Telegraphentarif, sowie zu dem am 18. Febr. d. J. in Paris von den Vertretern Deutschlands und Frankreichs unterzeichneten Vereinbarungen betreffend die Regelung des telegraphischen Verkehrs.

Paris, 8. Juni. Der Ministerpräsident de Freycinet ist zu einem zehntägigen Aufenthalt nach Aix-les-Bains abgereist. (W. I.)

**England.**

London, 8. Juni. [Unterhaus.] Hart Dyke beantragte eine Resolution als Basis einer demnächst einzubringenden Bill betreffend den freien Unterricht. Danach soll die staatliche Beisteuer von einem halben Pfund Sterling auf je einen Schüler der Elementarschulen von 5 bis 14 Jahren beschränkt werden, während welcher Altersperiode der Schulbesuch obligatorisch sein soll. Das Oberhaus nahm die Bill betreffend den Robbenfang in allen Lesungen an. Im Laufe der Debatte erklärte der Premierminister Lord Salisbury, er glaube, Rußland werde der Suspension des Robbenfanges beitreten. (W. I.)

**Schweden.**

Stockholm, 8. Juni. Nach zweitägigem leichten Unwohlsein ist der Kronprinz gestern an heftigen Kopfschmerzen und Gelenkschmerzen erkrankt, so daß er das Bett hüten muß. Die Aerzte bezeichnen die Krankheit als Influenza. Temperatur heute 39 1/2 Grad C. (W. I.)

**Serbien.**

Belgrad, 8. Juni. Ein liberaler Parteitag im Negotiner Kreise sprach seine Mißbilligung über den Ausweisungsbefehl gegen die Königin Natalie aus und bezeichnete die Durchführung dieses Beschlusses seitens der Regierung als Verfassungsverletzung. (W. I.)

**Rußland.**

Warschau, 6. Juni. Dem Fährnrich Barteniew, dem Mörder der Schauspielerin Wisniewska, ist heute das bereits mitgetheilte Urtheil der hiesigen Gerichtskammer mit den Motiven amtlich mitgetheilt. Barteniew hatte durch seinen Verteidiger an den Senat den Antrag auf Kassation des Urtheils richten lassen.

**China.**

\* Aus Shanghai meldet das Reuter'sche Bureau, ernste Unruhen hätten in Wuhu bei Sinkiang stattgefunden, die eingeborene Bevölkerung hätte einen Zollbeamten und einen Missionar ermordet und mehrere Häuser in Brand gesteckt. Die Frauen und Kinder der Europäer hätten sich nach Sinkiang gerettet.

**Amerika.**

Washington, 7. Juni. Der Infurgentendampfer „Atata“ hat in Locopilla außer den 5000 Gewehren auch sämtlichen Kriegsbedarf den amerikanischen Kriegsschiffen übergeben. (W. I.)

Washington, 8. Juni. Der Ackerbau-Secretär Rusk hat ein ausführliches Reglement für Vieh-Transportschiffe erlassen. Die Schiffe müssen von Rusk ein auf ein Jahr lautes Certificat einholen, in welchem unter anderen die Anzahl der Viehkühe angegeben ist, welche das Schiff tragen darf. Das Reglement schreibt ferner den dem Vieh auf Deck zu gebenden Raum vor, sowie zur Bequemlichkeit und Sicherheit des Viehes dienende Einrichtungen. (W. I.)

**Colonias.**

\* [Neue Unruhen in Deutschostafrika] werden dem „Berl. Tagebl.“ gemeldet. In der Gegend von Mpwapwa und im Hinterland von Alima Alimani seien neuerdings wieder Unruhen ausgebrochen; dort sind es die Wahehe, hier die Masiti, welche nicht Frieden halten. Sowohl nach Mpwapwa, wie gegen die Masiti im Hinterlande von Alima Alimani sind Abtheilungen der Schutztruppen abgegangen, um die Ruhe wiederherzustellen.

Am 10. Juni: S. A. 3.31, U. 8.27. Danzig, 9. Juni. M. A. b. Tage. Wetterausichten für Mittwoh, 10. Juni, und zwar für das nordöstliche Deutschland. Theils wolzig, theils sonnig. Warm, windig; vielfach Gewitter.

Für Donnerstag, 11. Juni: Wolzig, veränderlich, theils heiter und warm. Vielfach Gewitterregen.

Für Freitag, 12. Juni: Theils heiter und warm, theils wolzig. Vielfach heftige Gewitter.

Für Sonnabend, 13. Juni: Stark wolzig, kühl; vielfach Regen und schwere Gewitter.

\* [Interesse des Kaisers für Pferdezücht.] Herr v. Reibnitz-Geßeln, bekannt als Pferdezüchter, hat über diesen Gegenstand dem Kaiser nicht nur bei der Tafel in Prädelsitz einen Vortrag gehalten, sondern über seine Erfahrungen dem kaiserlichen Cabinet auch einen schriftlichen Bericht einreichen dürfen. Der Kaiser hegt bekanntlich für die Zucht edler Pferde ein großes Interesse.

\* [Reise-Verkehr.] Das hiesige Eisenbahn-Betriebsamt macht bekannt, daß in der Zeit vom 28. Juni bis 7. Juli, auf dem Bahnhof Elbing die Fahrkartenlösung und Gepäckaufgabe schon einen Tag vor Antritt der Reise erfolgen kann.

\* [Erfahrt nach Carthaus.] Am nächsten Sonntag unternimmt die Naturforschende Gesellschaft eine Fahrt nach Carthaus und dessen roman-tischer Umgebung. Das kgl. Eisenbahn-Betriebs-



amt hat für dieselbe bereitwilligst einen Extrazug gewährt, welcher 6 Uhr 45 Min. Morgens von Danzig abfahren und 8 Uhr 30 Min. Abends die Rückfahrt von Carthaus aus ansetzen wird. Der Extrazug kann auch von anderen Personen beliebig zur Hin- und Rückfahrt benutzt werden.

\* [Ermäßigte Fahrpreise nach Berlin.] Die, wie bereits in voriger Woche berichtet, zur Erleichterung des Besuchs der internationalen Ausstellung in Berlin zur Ausgabe kommenden Sonderzug-Rückfahrkarten werden u. a. von den Stationen Elbing, Marienburg, Dirschau, Danzig, Lege- und Hohelhor, Langfuhr, Oliva, Joppot ausgegeben werden.

\* [Der Vorstand der deutschen anthropologischen Gesellschaft.] hat nun, wie wir früher erfahren, auf die eigene Bitte des schwer erkrankten Herrn Dr. Fischer in Königsberg, definitiv Danzig als Ort der diesjährigen Hauptversammlung erwählt und den Herrn Dr. Lissauer hier selbst um Uebernahme der lokalen Geschäftsführung ersucht. Das hier zusammengetretene Comité für den Empfang des Vorcongresses hat nun die Aufgabe, entsprechend der veränderten Situation dem Vorstande ein neues Programm vorzulegen, welches wir nach dessen Bestätigung veröffentlichen werden.

\* [Ausstellungen.] Wie dem „Dziennik Pozn.“ aus Thorn mitgeteilt wird, ist neuerdings aus dem Kreise Briefen eine Arbeitsfrau Marianna Buchomska ausgewiesen worden, welche aus Russisch-Polen gebürtig ist und über 20 Jahre in Preußen gelebt hat; mit ihr zusammen ist ein Sohn ausgewiesen, welcher in Preußen geboren ist. Sie hat ihre ca. 100 Jahre alte Mutter zurückgelassen, welche seit 15 Jahren erblindet und bettlägerig ist.

\* [Zum diesjährigen Holzgeschäft.] meldet die „Th. Ostb. Z.“, daß die Zufuhren auf der Weichsel bisher weit hinter der Hälfte derjenigen zurückgeblieben sind, welche bis Juni 1890 in Thorn eingetroffen waren. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die Gesamtzufuhren in diesem Jahre kaum mehr als die Hälfte der vorjährigen betragen.

\* [Landwirtschaftliche Situation in Winterpommern.] Aus dem Kreise Schlawe wird der „Ostseeztg.“ von einem Landwirth berichtet, daß die Hauptfrucht, Roggen, eine fast vollständige Missernte ergeben wird. Der Brisschreiber hat seinen sämmtlichen Roggen umackern und die Schläge mit Sommerweizen, Gerste, Hafer, Geradella und Kartoffeln bepflanzen müssen. Die in der Nachbarschaft liegenden fünf größeren Güter und Dörfer, welche eine Ausfaat von ungefähr 5000 Scheffel Getreide haben, haben fast keinen Morgen Roggen bepflanzt; ebenso soll auch der Bubliger, Rummelsburger, Büttower, Lauenburger und Carthauer Kreis bis auf wenige Stellen, wo wohl nicht viel Schnee gelegen hat, keinen Winterroggen haben. Die Noth für das nächste Jahr, auch wenn der Zoll fallen sollte, ist kaum abzusehen.

\* [Entschädigung bei Fluchtlinienfestsetzung.] Die Höhe der für das zu Straßenland beanspruchte Terrain zu gewährenden Entschädigung richtet sich nach den für die Entziehung geltenden Grundbüchern. Insbesondere erstreckt sich nach einer Entscheidung des Reichsgerichts vom 11. März 1890 die Entschädigung nicht etwa bloß auf den Werth der entzogenen Fläche, sondern auch auf den dadurch herbeigeführten Mindermeth des Restgrundstücks. Eine Festsetzung der Entschädigung durch Uebereinkunft der Parteien ist zwar zulässig; sie ist aber bindend nur, wenn sie ausdrücklich auch deren Höhe umfaßt. Sind die Parteien dagegen nur über die sofortige Befristung einig geworden, so ist es dem Grundstückseigentümer unbenommen, demnach seinen vollen Entschädigungsanspruch, auch hinsichtlich des Mindermeths, geltend zu machen.

\* [Unterbringung in einer Krankenanstalt.] Wenn eine Berufsgenossenschaft die Unterbringung eines Verletzten zur Kur und Bepflegung in einer Krankenanstalt anordnet, so muß sie auch die Kosten der hiezu notwendigen Hin- und Rückreise übernehmen und dieselben dem Kranken vorzuschüsse gewähren, da diesem nicht wohl zugemuthet werden kann, daß er aus eigenen Mitteln Auslagen mache. Hat nun der Verletzte die ihm vorgeschossenen Rückzahlungen während des Aufenthalts in der Krankenanstalt für sich verwendet, so daß er bei der Entlassung wiederum mittellos ist und einen neuen Voranschuss erhalten muß, so kann die Berufsgenossenschaft nach einer Entscheidung vom 23. Februar 1891 die Rückzahlung dieses zweiten Voranschusses fordern und denselben von der dem Verletzten gebührenden Unfallrente in Abzug bringen.

\* [Neue Telegraphenstationen.] mit Fernsprechbetrieb werden eröffnet: in Schwintsch-Güterfeld (Kreis Danziger Höhe) am 9. Juni, in Ruhomahutta (Kreis Carthaus) am 22. Juni und in Käsemark (Kreis Danziger Höhe) am 23. Juni.

\* [Ein Ehrenbrief.] für bedeutende Leistung auf dem Gebiete der Landwirtschaft ist Herrn William Runke in Danzig für Arbeiten einer Veterinär-Apotheke durch den Central-Verein westpreussischer Landwirthe zu Theil geworden.

\* [Deutscher Fleischer-Verbandstag.] Der für dieses Jahr geplante deutsche Fleischer-Verbandstag wird, wie jetzt definitiv beschlossen ist, nicht stattfinden.

\* [Strafhammer.] Ein nächtlicher Zusammenstoß hatte dem Hausbienen Grunwald, den Fleischergehilfen Hein und v. Narsinski und dem Arbeiter Schulz, sämmtlich von hier, eine Anklage wegen vorfälliger Körperverletzung zugezogen. Auf dem Nachhausewege waren die drei ersten Angeklagten dem Arbeiter Schulz und zwei Gefangenen in der Paradiesgasse begegnet und es hatte beim Vorübergehen der Conditorgehilfe Werner von Grunwald einen Stoß bekommen, so daß er von dem Trottoir auf die Straße treten mußte. Hierauf erhielt Hein einen Messerstich von hinten, und als er rief, „ich bin gefahren“, drehte sich Grunwald herum und schlug den unmitttelbar hinter ihm stehenden Schulz zu Boden. Sein schlag nun auch mit seinem Stock auf ihn los und traf ihn so schwer, daß der Knochen des linken Oberarmes verletzt wurde. Beide Verletzte mußten sich mehrere Wochen lang ärztlich behandeln lassen und haben auch heute noch nicht die Folgen ihrer Verwundungen überwunden. Schulz befindet sich ganz erholten, sich eines Messers bedient zu haben, und da auch die anderen Angeklagten nicht angeben konnten, wer das Messer gebraucht habe, so erfolgte seine Freisprechung. Auch Narsinski, dem eine Beistellung an der Schlagerie nicht nachgewiesen werden konnte, wurde freigesprochen, Grunwald dagegen zu 30 Mth. Geld, Schulz zu 50 Mth. Strafe verurtheilt. Da der Gerichtshof es für ziemlich naturgemäß hielt, daß die auf den vermeintlichen Messerhelden losgeschlagen hätten. — Als ein gemeinlicher Gefangenentransporteur hat sich der Detektiv-Tezmer aus Tetau gezeigt, welcher am 9. Februar den Auftrag erhalten hatte, einen Arbeiter zur Verbüßung einer Gefängnisstrafe von Praust nach Oliva zu bringen. Da auf dem Bahnhofe Hohelhor nicht gleich Anschluß nach Oliva war, beschloß er, die Wartezeit in einer benachbarten Anstalt zuzubringen und Tezmer ließ seinen Arrestanten einweisen allein vorausgehen. Pünktlich fuhr er schließlich allein, gelangte jedoch in einem derartig betrunkenen Zustande in Oliva an, daß der Gefängnisinspector sich weigerte, den Transportierten aufzunehmen. Der Tezmer, der sich herausstellte, das verpönte Hahnenfuß. Wie es sich herausstellte, trägt E. hgl. hohet stets die Baccarat-Spielmarken mit sich und brachte sie auch mit nach Landy Croft, im Falle man damit nicht verlor

aber eine strafbare Handlung vorliege und erkannte auf Freisprechung.

\* [Polizeibericht vom 9. Juni.] Verhaftet: 14 Personen, darunter: 1 Lehrling wegen Beamteneidigung, 1 Arbeiter, 1 Bäder wegen groben Unfugs, 6 Döbch, 1 Bettler. — Geführt: 180 Meter Tauwerk, 2 blauewollene Hemden, 2 gestreifte Hemden, 3 Paar Strümpfe, 2 Handtücher, 110 Meter Tauwerk, 1 goldene Uhrkette, 1 goldene Brosche, 1 Bernsteinbrosche. — Gefunden: 1 Dittungsstück des Vereins der Kornmesser-Gehilfen, 1 griechisches Elementarbuch, 1 Horn-Saarnadel, 1 Taschentuch; abgeholt von der hgl. Polizei-Direction.

Elbing, 8. Juni. Auf der Schidau'schen Werft sind für die kaiserliche Regierung wieder zwei Zorpedoböte gebaut worden. Die Ueberführung derselben erfolgt dieses Mal nicht unter eigenem Dampf, sondern per Bahn. Die Boote sind deshalb auseinandergenommen und auf vier Güterwagen, welche mit besonderen Breitermaßen versehen sind, verladen worden. (E. Z.) Königsberg, 8. Juni. In der Straßsage wider den Besitzer Bahr, welcher bekanntlich von der hiesigen Strafkammer wegen Verleitung zum Meineide zu einer Zuchthausstrafe verurtheilt worden war und die Strafe auch bereits zum Theil verbüßt hatte, demnach aber im Wiederannahmeverfahren von der Strafkammer freigesprochen wurde, hatte die königliche Staatsanwaltschaft Revision gegen das freisprechende Erkenntnis angemeldet, dieselbe jedoch wieder zurückgezogen. Es soll nun der Justizminister in Folge der über die Angelegenheit durch die öffentlichen Blätter gegangenen Berichte die Akten eingefordert haben. (Kgl. Allg. Ztg.)

Pr. Holland, 8. Juni. Sanitätsrath Dr. Bech hier selbst feierte am Sonnabend sein fünfzigjähriges Jubiläum als Arzt. Die städtischen Behörden haben dem Jubililar aus diesem Anlaß das Ehrenbürgerrecht der Stadt verliehen und ihm das darüber ausgefertigte, künstlerisch geschmückte Diplom durch eine städtische Deputation überreichen lassen. (Weiteres in der Beilage.)

## Vermischte Nachrichten.

Ueber den Verlauf des Baccarat-Prozesses werden der „Nat.-Ztg.“ aus London noch folgende Einzelheiten berichtet:

Nach Herrn Arthur Stanley Wilson gelangte Herr Berkelius West, ein junger Offizier des schottischen Garderegiments, zur Vernehmung. Allein weder seine Aussagen, noch die des ihm im Zeugenverhör folgenden Herrn Ercet Green waren im Stande, neues Licht über die dunkle Angelegenheit zu verbreiten. Erst als Frau Ercet Green auf der Scene erschien, belebte sich die dramatische Handlung wieder. Die junge Dame, welche mit ihrer Mutter, Frau Arthur Wilson, dem Prozeß von Anfang an beizugehen hatte, legte ein Selbstvertrauen und einen Muth an den Tag, wie sie in einem Zeugenverhör selten zu finden sind. Sollte das Schauspiel, welches sich in dem Gerichtssaal abspielte, zu einem Trauerspiel werden, so ist dies wesentlich den Aussagen der Frau Ercet Green zu verdanken, welche dem Richter eine minutiöse Nachsage des Verhaltens Cummings während des Spiels gab. Zum ersten Male hörte der Gerichtshof, daß auch der Prinz von Wales die Manier Cummings, seinen Einsatz auf den Tisch zu legen, beanstandet habe. Unter der ähnelnden Spannung der Geschworenen, der Anwälte und des Publikums ahmte Frau Ercet Green, mit einem Blatt Papier in der einen und einem Bleistift in der anderen Hand, genau nach, wie Cummings manipulirte. Er habe, so erklärte sie, in seiner linken Hand das Blatt Papier gehabt, auf dem sich das Tableau für die Einsätze befand. Anschließend zwanglos nahm die Zeugin jetzt den Bogen Papier auf, legte ihn über ihre rechte Hand, welche den Bleistift hielt und schob fast unmerkbar mit dem Bleistift den Einsatz über die imaginäre Linie. Die Pantomime war, wenn man sie so nennen darf, bereichernd als alle Worte, und Jury wie Zuschauer sahen wie gebannt dem Vorgange zu. Frau Ercet Green unterbrach das tiefe Schweigen, welches ihrer Demonstration gefolgt war, indem sie den Faden ihrer Erzählung wieder aufnahm. Bei Gelegenheit des von ihr beschriebenen Manövers sei es gewesen, daß der Prinz von Wales sich über Sir William Gordon Cumming beschwerte und diesem sagte, er möge seinen Einsatz dahin legen, wo man ihn auch sehen könne. Er, der Prinz, zahle ihm als Bankier nur 5 Pfd. Sterl., wogegen Sir William ihm darauf aufmerksam mache, daß er 10 Pfd. Sterl. zu beantragen habe, da sein Einsatz gerade jenseits der Scheidelinie liege. Der Gerichtshof verlagte sich um 3 1/2 Uhr, ohne daß das Kreuzverhör der Zeugen beendet war. Am fünften Tage wurde das Kreuzverhör mit Frau Ercet Green fortgesetzt, das nur noch bekannte Thatfachen zu Tage förderte. Nach ihr wurde ihre Mutter, Frau Arthur Wilson, vernommen. Dieselbe erzählte, wie sie von dem Betrage Kenntniß erhalten habe. Sie sei entsetzt gewesen und habe ausgerufen: „Sprecht nicht, sagt kein Wort darüber. Wir dürfen in unserem Hause keinen Skandal haben. Denkt an seine Verwundungen.“ Es wurde demgemäß einstweilen weiter nichts in der Sache gethan und Frau Wilson schwieg auch gegen ihren Gatten. Am nächsten Abend empfing sie jedoch einen sehr schmerzhaft berührenden Brief von Herrn Ercet Green, welcher den Parteien mit Empörung verlesen hatte. Ob sie sich des Inhalts dieses Briefes entsinnen könne? Wenn auch nicht genau, so glaube sie doch, daß die folgende Version richtig sei: „Ich habe den Schuft Sir William Gordon Cumming betrogen sehen. Was soll geschehen?“ Bei ihrem ferneren Verhör legte Frau Wilson besonders Gewicht auf die Vorgänge der zweiten Nacht. Nachdrücklich erklärte sie, Cummings habe mit seinem Bleistift eine 10 Pfund-Spielmarke so offen vor sich gehalten, daß es sie wundere, daß die anderen Spieler nichts bemerkt hätten. Es sei ihr innerlich, aus persönlichem Augenblick hervorgegangene Ueberzeugung, daß Cummings systematisch betrogen habe, und es sei ihr deshalb an dem Tisch durchaus nicht wohl oder behaglich zu Muth gewesen.

Das „Berl. Tagebl.“ erhält aus London vom 6. Juni ein Resümee über die bisherigen Ergebnisse des Prozesses, dem wir Folgendes entnehmen:

„Alle Zeugen sind einig, fest und unerschütterlich, und erklären, nicht zugeflogen zu können, was ihnen der Anwalt des Klägers nahe legte, nämlich zu erklären, daß sie sich getäuscht haben können. Sie haben sich nicht getäuscht, sie haben den Betrug gesehen! Was auch sehr gegen Sir William spricht, ist, daß er dem Verlangen seiner Ankläger, mit ihnen konfrontirt zu werden, auswich, und es vorzog, Landy Croft am nächsten Morgen, nachdem er das verhängnisvolle Document unterschrieben, in aller Stille zu verlassen. Warum wollte er seinen Anklägern nicht gegenüberreten, von denen ihn der eine (Dr. Green, der Schwiegersohn des Castgeters), wie er mußte, einen erbärmlichen Schurken genannt hatte? Ein Mann, der sich seiner Unschuld bewußt ist und sich so verhält, findet, hätte verlangt, seinen Verleumdern gegenüber gestellt zu werden, um ihnen seine Meinung ins Gesicht zu sagen, wenn nicht zu schlagen! Der Herr Oberstaatsanwalt, der Held vieler Schlägen, brüht sich aber und läßt Herrn Green und alle anderen ungehorsam! Und wie steht es mit der Unterdrückung dieses Documents! Wird ein ehrlicher Mann, der sich seiner Unschuld bewußt ist, um den Preis des Verlusts des Zwischenspiels, ein Document unterschreiben, in dem er sich als Falschspieler bekennt? So fragt man und sagt man, und so steht es mit dem Oberstaatsanwalt im schottischen Leibgarde-Regiment Sir W. Gordon Cumming.

Wie steht es aber mit den anderen, in diesen Prozeß verwickelten Persönlichkeiten? Da ist zuerst der Prinz von Wales, als Förderer des verpönten Hahnenfuß. Wie es sich herausstellte, trägt E. hgl. hohet stets die Baccarat-Spielmarken mit sich und brachte sie auch mit nach Landy Croft, im Falle man damit nicht verlor

ärel. Kein Wunder, daß dies in den Kreisen, die gegen die grassirende Spielwuth ankämpfen, schlimmes Aergerniß erregt, und daß die Synode der calvinischen Methodisten bereits gestern bei ihrem Meeting die folgende Resolution faßte und dem Prinzen einbrachte: „Wir ersehen mit Bedauern aus den Gerichtsverhandlungen, daß der Prinz von Wales in Cranby Croft am 8. September letzten Jahres bei einem Baccarat-Spiel zugegen war und durch seine Theilnahme an dem Spiel in einer seiner verruchtesten und verwerflichsten Formen dieses Laster unter dem Volke ermuthigte. Wir gestatten uns, E. hgl. hohet vorzustellen, daß ein solches Verhalten den religiösen Sinn des Volkes verleiht, das königliche Haus von der hohen Stellung herabzieht, welche es so lange eingenommen, und außerdem die Liebe und Zuneigung zu dem Throne mindert, welche als Stütze der Religion bisher immer von uns verehrt worden ist und verehrt werden wird.“

Der Prinz von Wales ist aber auch „der erste Gentleman des Reichs“ und Feldmarschall. Er glaubte, daß der Oberstaatsanwalt Sir W. Gordon Cumming beim Kartenpielen betrogen, und daß er damit ein Spitzbube sei. Dasselbe glaubte General Owen Williams und Lord Coventry. Und doch wollten sie alle drei die Sache verurtheilen, den Falscher in der Armee und Gesellschaft buben und thun, als ob „nichts vorgefallen wäre“, wenn er nur keine Karte mehr anrühren und seine Freunde so nicht weiter betrügen wollte! Saubere Begriffe das von Offizierssehe bei einem Feldmarschall und einem General, und saubere Begriffe der drei Gentlemen über Standes- und Gesellschaftsregeln! Was wird der „Marshall Craubus“, der Herzog von Cambridge, sagen, vor dem es das Alceblat insbesondere geheim halten wollte, weil er „vergleichen Dinge nicht so leicht nimmt!“ Ja, mer nimmst sie denn leicht!

Und zuletzt diese Wilsons und Greens — die Gastgeber, welche die Gäste, die ihre Gastfreundschaft genießen, ausspioniren und die Detectives spielen und zu Anklagen werden!

Der Prozeß wird sich noch in die nächste Woche hineinziehen. Heute (Sonnabend) wird sich der Richter erholen und findet keine Verhandlung statt. Die Geschworenen sind indeß Gefangene — allerdings in einem hohen Hotel, in einer Stadt glänzender Gemächer, bei vollen Tafeln, bei denen der Champagner in Strömen fließt. Allein sie sind Gefangene, sie dürfen nur mit einander sprechen, vor den Thüren stehen Polizisten, die Zeitungen erhalten sie nur „russisch cenzirt“, d. h. nach sorgfältigem Ausschneiden aller auf den Prozeß bezüglichen Stellen, und bei der zweideutigen Aufsicht in den Hotelkugipagen müssen sie sich als Begleiter Polizisten gefallen lassen! Es ist nicht angenehm, auf Staatskosten acht Tage lang zu schmelzen, wenn man den Gefangenen spielen muß!

## Das Erdbeben in Italien.

(Wolff'sche Depeschen.)

Berona, 8. Juni. Die von der Regierung entsandte technische Commission erklärte, daß drei Viertel der bei dem Erdbeben in Tregnago und Badia-Calavena stehengebliebenen Häuser unbewohnbar seien.

Rom, 8. Juni. Auch in Bicena wurden leichte Erdstöße verspürt. In Verona zeigte der Seismograph heute leichte Erderstöße, welche in Tregnago, Colognola und Badia-Calavena stärker verspürt wurden. Die Bevölkerung ist jetzt ruhiger. Hundert weitere Zelte sind nach verschiedenen Theilen des Landes versendet worden.

Rom, 9. Juni. (Telegramm.) Gestern hat ein breiter Lavaerguß aus einer neuen Oeffnung des Vesuv unterhalb des Centralkegels stattgefunden. Der Director Palmieri erklärt dieses für zusammenhängend mit dem Combarodenesischen Erdbeben. Das Erdbeben hörte allgemein auf, sobald die Eruption begann, welche gefahrlos zu ein schen und nicht fortsetzt.

Warschau, 7. Juni. In der Stadt Rozenice, Gouvernement Radom, ist das aus über 100 Häusern bestehende Judenthail total abgebrannt. Drei Personen sind in den Flammen umgekommen. Das Glend ist groß. Man vermuthet Feueranlegung von ruchloser Hand. (Br. Ztg.)

## Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

| Berlin, 9. Juni. |        |        |                 |        |          |
|------------------|--------|--------|-----------------|--------|----------|
| Crs.v.8.         |        |        |                 |        | Crs.v.8. |
| Weizen, gelb     | 233.00 | 232.50 | 5% Anat.Ob.     | 87.60  | 87.60    |
| 1. Juni          |        |        | 1. Juni         | 92.00  | 91.70    |
| Sept.-Dktbr.     | 209.70 | 209.25 | 2. Orient.-A.   | —      | 75.30    |
| Roggen           |        |        | 4% russ. A. 80  | 99.00  | 99.00    |
| 1. Juni          | 211.50 | 209.70 | Combaroden      | 47.00  | 46.70    |
| Sept.-Dktbr.     | 191.75 | 190.00 | Franken         | 123.30 | 123.20   |
| Petroleum        |        |        | Creb.-Actien    | 164.40 | 164.10   |
| per 2000 lb loco |        |        | Disc.-Com.      | 182.10 | 181.25   |
| Rüböl . . .      | 22.80  | 22.80  | Deutsche Bk.    | 152.00 | 153.00   |
| 1. Juni          | 60.40  | 60.50  | Carahütte       | 122.25 | 123.10   |
| Sept.-Dkt.       | 60.50  | 60.50  | Deitr. Noten    | 174.30 | 173.85   |
| Spiritus         |        |        | Russ. Noten     | 241.10 | 241.25   |
| 1. Juni          | 50.40  | 50.50  | Warsch. kurz    | 240.50 | 240.90   |
| Sept.-Dkt.       | 48.40  | 48.30  | London lang     | 20.295 | 20.30    |
| 4% Reichs-A.     | 106.10 | 106.10 | Russische 5%    | —      | —        |
| 3 1/2% do.       | 89.00  | 89.00  | Edw.-B. G. A.   | 89.25  | 89.50    |
| 3% do.           | 85.75  | 85.70  | Bank            | —      | —        |
| 4% Confus        | 105.60 | 105.70 | D. Delmühle     | 138.20 | 139.20   |
| 3 1/2% do.       | 99.10  | 99.20  | Dr. Prior.      | 129.00 | 129.00   |
| 3% do.           | 85.70  | 85.70  | Edw.-B. G. A.   | 71.70  | 71.50    |
| 4% westfr.       |        |        | do. G. A.       | —      | —        |
| 1. Juni          | 96.00  | 96.00  | Dtfr. Güdb.     | —      | —        |
| Sept.-Dktbr.     | 96.00  | 96.00  | Stamm.-A.       | 91.70  | —        |
| 4% Reichs-A.     | 106.50 | 106.40 | Danz. G. A.     | —      | —        |
| 3 1/2% do.       | 92.00  | 91.80  | Trk. 5% A. A.   | 88.30  | 88.10    |
| 3% do.           | 85.60  | 85.70  | Fondsbr.: fest. |        |          |



von der Kapelle des Art.-Kts.  
 Nr. 36 unter Leitung ihres Stabs-  
 trompeters Herrn A. Rüger,  
 morgen Mittwoch, 10. Juni cr.  
 von der Kapelle des  
 Leibhuzaren-Reg. Nr. 1 unter  
 Leitung ihres Stabstrompeters  
 Herrn Lehmann. (94  
 Anfang 7 Uhr. Entree 10 S.  
 Ein weißer Akabdu (Dapage)  
 m. gelb. Arone a. 9. m. fortg.  
 3. gute Bel. abv. Breitg. 10 III.

Druck und Verlag  
 von A. W. Kafemann in Danzig.



[illegible]



